



**AM 14.09.
THOMAS
KÖHLER
WÄHLEN!**

**IDEEN.
MUT.
LÖSUNGEN.**
Unser Plan für Hagen!

>> FÜR DEINE STADT.
FÜR UNSER HAGEN.

SPD Soziale
Politik für
Dich.

IDEEN. MUT. LÖSUNGEN.

Unser Plan für Hagen!

STANDORT HAGEN

Hagen ist sowohl Ruhrgebiet als auch Tor zum Sauerland. Verkehrsgünstig gelegen sind wir mit der FernUniversität, der Fachhochschule Südwestfalen, der Hochschule für Polizei und Verwaltung und vielen Kollegs und Berufsschulen die Stadt der Bildung in der Region. Wir sind geprägt durch eine starke mittelständische Wirtschaft, Handwerk und Dienstleistungen, durch Wald und Flüsse, durch Zuzug aus zahlreichen Ländern, durch gelebte Traditionen – insbesondere in unseren fünf unterschiedlichen Stadtbezirken. Hagen ist für uns Heimat. Hagen bietet uns und unseren Gästen als Oberzentrum ein vielfältiges Einkaufserlebnis und lädt mit zahlreichen Spiel- und Veranstaltungsorten zu einem bunten Strauß von Unterhaltung und hochwertiger Kultur ein.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die seit mehr als 150 Jahren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und insbesondere für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das respektvolle Miteinander in unserer Stadt eintreten, haben wir nicht die Augen verschlossen vor einem negativen Lebensgefühl, das sich an einigen Orten in unserer Stadt verfestigt hat. Auch im 21. Jahrhundert sind die Auswirkungen des Strukturwandels, den unsere Stadt durchlaufen hat, noch zu spüren. Bei der Transformation hin zu einer digitalen Innovationsgesellschaft fühlen sich viele Menschen überfordert. Sie vermissen soziale Gerechtigkeit, bürgernahe Politik, nachhaltige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und nicht zuletzt jene Anstrengungen, die zu mehr Sicherheit und Sauberkeit auf den Straßen und Plätzen führen. Als Oppositionspartei im Rat der Stadt Hagen, der seit 16 Jahren von der CDU und ihren Oberbürgermeistern dominiert wird, blieben unsere Wahrnehmungen und Warnungen allerdings überwiegend ungehört und wurden unsere zahlreichen Verbesserungsvorschläge in der Regel durch die Mehrheitsfraktionen der anderen Parteien verworfen.

Gemeinsam mit einem zukünftigen Oberbürgermeister Thomas Köhler und Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, werden wir nach einer erfolgreichen Kommunalwahl dafür sorgen, dass Hagen wieder zu einer Stadt wird, in der sich die Menschen wohl und aufgehoben fühlen. Unser Plan für Hagen steht!

MEHR GERECHTIGKEIT - MEHR CHANCENGLEICHHEIT

Studien weisen uns immer wieder darauf hin, dass die Herkunft der Eltern über die Zukunft ihrer Kinder entscheidet. Das ist schön für funktionierende Familien, aber schlecht für Kinder, die in armen Familien aufwachsen. Wir wollen beste Bildungschancen für jedes Kind: Weil jedes Kind das Recht dazu hat - und weil wir alle brauchen für eine gute Zukunft unserer Stadt. Gerade mit Blick auf den Zuzug in unsere Stadt und den damit verbundenen Aufgaben der Integration von Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern müssen wir allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen oder lokalen Herkunft die Möglichkeit geben, Bildung zu erlangen, um für mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu sorgen.

KINDERBETREUUNG

Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. Wir müssen die drei Säulen der frühkindlichen Förderung, bestehend aus Bildung, Erziehung und Betreuung, in unserer Stadt weiter ausbauen. Dabei ist der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz oder der demnächst greifende Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung in den Schulen zwar zielführend, die Praxis zeigt hier allerdings große Defizite im System. Nach wie vor fehlt es an Betreuungsplätzen und vor allem an einer verlässlichen Betreuung für die Mädchen und Jungen in den Kitas. Berufstätige Eltern sehen sich viel zu oft gezwungen, die Betreuung ihrer Kinder selbst zu organisieren, weil Gruppen aufgrund von Krankheit und Personalmangel plötzlich geschlossen bleiben. Dass trotz dieser häufigen Notbetreuung die ohnehin viel zu teuren Elternbeiträge entrichtet werden müssen, führt verständlicherweise zu Frust, Protest und Unzufriedenheit mit dem System. Hier müssen wir dringend gerecht nachbessern.

Andere Städte sind hier deutlich besser. Hamm hat sich zum Beispiel in den letzten Jahren zu einer familienfreundlichen Großstadt entwickelt. Trotz einer identischen schlechten finanziellen Ausgangslage in den 2010er Jahren ist es Hamm im Gegensatz zu Hagen gelungen, einen deutlich spürbaren Fokus auf die Familienpolitik zu richten. Genügend Kita-Plätze, Reduzierung der Elternbeiträge und eine gute Kommunikation zwischen Stadt und Eltern sind nur einige Stichpunkte, die sich auch die Hagener Eltern wünschen würden.

Mit Thomas Köhler als neuen Oberbürgermeister werden wir eine Kehrtwende in der Familienpolitik in Hagen einleiten. Unser Ziel ist, dass am Ende der kommenden Ratsperiode jedes Kind einen Kita-Platz bekommt. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass die Stadt wieder zuverlässiger Partner von Eltern und Kindern werden; um Notgruppen und vorübergehende Schließungen zu vermeiden, werden wir ein trägerübergreifendes Konzept erarbeiten. Elternbeiträge für nicht geleistete Betreuungsstunden wollen wir erstatten. Wir richten einen runden Tisch „OGS“ mit Eltern- und Trägervertreterinnen und -vertretern ein mit dem Ziel, dass der Ausbau vorangetrieben und die Angebote verbessert werden. Wir werden Hagen zu einer familienfreundlichen Kommune machen.

SCHULE UND GANZTAG

Die Schule der Zukunft ist die „eine Schule des längeren gemeinsamen Lernens“. Unsere Schulen brauchen eine gute Ausstattung. Die notwendige kontinuierliche Modernisierung sichert qualitativ hochwertigen Unterricht. Moderne berufliche Bildungseinrichtungen sind entscheidend, um junge Menschen auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Daher werden wir die gestartete Digitalisierung vorantreiben. Bei dieser und anderen Weiterentwicklungen unserer Schullandschaft werden wir mit der FernUniversität in Hagen und weiteren Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, um deren Kompetenzen für die Weiterentwicklung unserer Schulen nutzbar zu machen. Das Zusammenwirken unserer Stadt als Schulträger mit der Schulaufsicht beim Regierungspräsidenten in einer staatlich-

kommunalen Verantwortungsgemeinschaft ist wichtig für die Entwicklung einer guten Hager Bildungslandschaft. Die SPD-Ratsfraktion hat in den vergangenen Jahren Fortschritte und wichtige Weichenstellungen für einen guten Bildungsstandort durchgesetzt. Wir werden die vielfältigen Schulerweiterungen und Neubauten im Grundschulbereich sowie die Einrichtung einer Hauptschule in der Innenstadt vorantreiben und die Planungen zum Bau einer vierten Gesamtschule verwirklichen. Den Ganztags an unseren Schulen wollen wir weiter ausbauen. Unsere Schulen sollen zu Orten des Lernens mit einer anregenden Atmosphäre, mit Raum und Zeit für Bewegung und einer gesunden Ernährung beim gemeinsamen Mittagessen werden. Kein Kind darf in unseren Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen von schulischen Aktivitäten ausgeschlossen werden.

DIE STADT DER FAMILIE

Familien sind die soziale Mitte der Gesellschaft. Sie leisten tagtäglich ihren bedeutsamen Beitrag für unser gesellschaftliches Miteinander. Dafür benötigen sie ein solides Umfeld, in dem sich Eltern wie Kinder entwickeln können. Von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist der verantwortungsvolle Umgang mit Familien, egal in welcher Konstellation sie miteinander leben. Unser Ziel ist ein kinder- und familienfreundliches Hagen mit guten und verlässlichen Kindertagesstätten, Familienzentren und Schulen. Wir wollen jedem Kind und Jugendlichen umfassende gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dazu tragen Jugendzentren und andere Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bei, auf deren Förderung und Einbeziehung wir zukünftig noch größeren Wert legen.

Die Themen, die wir darüber hinaus bearbeiten und zum Wohl unserer Familien ausrichten werden, sind vielfältig: Gutes Wohnen, eine umfassende Gesundheitsversorgung, sichere Arbeitsplätze, ein breites Angebot zur Gestaltung der Freizeit für Groß und Klein und nicht zuletzt eine Verwaltung, die Familien partnerschaftlich berät, unterstützt und fördert. Die Kinder- und Familienfreundlichkeit einer Stadt stellt einen entscheidenden Standortfaktor dar. Von daher müssen sich alle städtischen Einrichtungen als Dienstleistungsangebot für die Familien in einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen der Stadt und den Eltern verstehen. Die SPD und ihr Oberbürgermeister werden anpacken und Hagen zur familienfreundlichen Stadt machen: Gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Eltern, Kindern und Trägern.

STADT DER GENERATIONSGERECHTIGKEIT

Unsere Stadt und insbesondere unsere Stadtteile haben ihr Gesicht in den vergangenen Jahren stark verändert. Strukturwandel, Generationswandel, aber auch der Zuzug aus über 100 Ländern unserer Welt sorgen für Herausforderungen. Der Anteil älterer Menschen nimmt immer mehr zu, der demographische Wandel wird zur Herausforderung für unsere Stadt. Damit die Seniorinnen und Senioren in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können, müssen zahlreiche Maßnahmen getroffen werden. Wir werden verstärkt auf die Ansprüche und Wünsche älterer Menschen bei Bauvorhaben und insbesondere beim öffentlichen Nahverkehr eingehen. Dort wo ältere Menschen, aber auch Familien wohnen und leben, brauchen wir Quartiere der kurzen Wege. Die wohnortnahe Versorgung muss gefördert werden. Wir müssen Hand in Hand mit den Wohlfahrtsverbänden dafür Sorge tragen, dass es ausreichend Angebote für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen gibt und dass die Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung insbesondere bei der Vernetzung gefördert wird.

MEHR FORTSCHRITT - MEHR ZUKUNFT

In unserer Stadt muss der Alltag funktionieren. Davon hängen die Zufriedenheit und das Lebensgefühl ab. Betreut die Kita unsere Kinder zuverlässig? Kommt der Bus pünktlich und vor allen Dingen in kurzen Takten? Kann ich meine Wohnung und die vielen Nebenkosten auch morgen noch bezahlen? Habe ich ausreichend Hilfe bei der Pflege meiner Angehörigen? Jeder Mensch sorgt sich mit den unterschiedlichsten Fragestellungen um seine Zukunft. Deshalb darf das Leben nicht aus dem Takt geraten. Wir stehen dafür ein, dass der Alltag für unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zum Hindernislauf wird. Wir stellen uns der Aufgabe, den Menschen in unserer Stadt ein flächendeckendes Angebot von notwendigen und modernen Dienstleistungen zu gewährleisten. Die kommunale Daseinsvorsorge spielt dabei eine übergeordnete Rolle und verpflichtet uns zur kostengünstigen Sicherung dieses wichtigen Systems, das sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung bezieht. Eingeschlossen ist für uns die Organisation von Straßenbau und -reinigung, der soziale Wohnungsbau, Sozialhilfe und Wohnungshilfe, Kinderbetreuung, die Rettungsdienste und nicht zuletzt die öffentliche Sicherheit. Damit es in Hagen wieder bergauf geht, werden wir mehr Geld investieren. Wir müssen mutiger und innovativer auf die Zukunft unserer Stadt blicken und dort beherzt anpacken, wo die Defizite bei den Hagenerinnen und Hagenern für Frust und Verdruss sorgen. Unsere Infrastruktur - das sind unsere städtischen Gebäude, die Schulen, die Brücken und Straßen - müssen saniert werden. Geplante Radwege warten ebenso auf den Baustart wie die Anbindung des Areals westlich des Hauptbahnhofes. Die geplanten Modernisierungsoffensiven in den Stadtteilen wie Hohenlimburg und Haspe dürfen nicht länger hinausgezögert werden. Unser Oberbürgermeister wird regelmäßig zu Stadtteilkonferenzen einladen, um die Probleme, Herausforderungen und Chancen mit den Menschen vor Ort zu besprechen - und was alle tun können!

INFRASTRUKTUR UND MOBILITÄT

Unsere Stadt ist verkehrlich durch Bahn und Autobahnen sehr gut angebunden, was einen besonderen Standortvorteil für Hagen bedeutet. Dabei ist der Spagat zwischen Klimaschutz und uneingeschränkter Mobilität in der Kessellage und den engen Flusstälern eine besondere Herausforderung. Noch ist unser Verkehrsnetz vorrangig auf den Autoverkehr ausgerichtet. Mit dem Ausbau der Radwege und der Ausweisung von Busspuren treten immer wieder Konflikte auf, weil der Verkehrsraum begrenzt ist und eine Neuaufteilung des Straßenraums in der Regel zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs führt. Das Straßennetz ist an vielen Stellen bereits heute, aufgrund von Sperrungen, Einschränkungen und Umleitungen durch beispielsweise marode Brücken, stark belastet. Staus und Umleitungen sind die Folge. Viele Autofahrerinnen und Autofahrer können das katastrophale Durcheinander zwischen Baustellen und Sperrungen nicht mehr verstehen und lassen ihren Frust in vielfältiger Weise öffentlich werden. Ähnlich beim Parken. Rolllt das Auto ungehindert durch die Straßen, ist die Welt in Ordnung. Müssen wir es abstellen, ist die Freude schnell vorbei. Parkraum ist gerade in den Wohngebieten knapp – auch das will bei den Planungen der Zukunft berücksichtigt sein.

Hier lässt die Koordinierung durch die zuständigen Behörden und Unternehmen zu wünschen übrig. Angesichts der Herausforderungen, die durch die anstehenden Brückensanierungen und Neubauphasen sowohl im Straßen- als auch im Radwegbereich noch auf uns zukommen werden, muss eine federführende Institution in Form eines Verkehrsmanagements für klare Abstimmungen und damit für tragbare Einschränkungen sorgen. Mit Blick auf marode Straßen und Brücken müssen wir jetzt handeln. Wir müssen dabei aber auch planen und berücksichtigen, wie unsere Stadt von morgen aussehen soll. Wir wollen eine echte Wende in der Verkehrspolitik mit einem konsequenten Vorrang für den Öffentlichen Nahverkehr, das Rad und die Fußgängerinnen und Fußgänger.

Wir stellen uns der Herausforderung unserer Zeit, die unterschiedlichen Verkehrsmittel so miteinander zu verknüpfen, dass daraus ein Gesamtkonzept wird, welches alle Interessenslagen und

Mobilitätswünsche berücksichtigt. Wir werden Mobilität für Hagen neu denken – hin zu einer umweltverträglichen Fortbewegung mit einem effizienten und durchgetakteten Nahverkehr und einem LKW-Durchfahrtsverbot auf Ausweich- und Abkürzungstrecken durch unsere Stadt. Damit die Luftqualität verbessert wird, werden wir nachhaltige Maßnahmen in alle Richtungen ergreifen. Dazu gehört auch, dass der Ausbau hin zu einer fahrradfreundlichen Stadt fortgesetzt wird. Hierzu benötigen wir eine intelligente, sichere und alltagstaugliche Radwegeinfrastruktur. Der Radverkehr muss als gleichwertige Mobilitätsform verstanden und nicht gegen andere Verkehrsteilnehmende ausgespielt werden. Wir wollen keine reine Symbolpolitik beim Bau und der Ausweisung von Radwegen, sondern diese dort errichten, wo es verkehrstechnisch sinnvoll ist und ein Anschluss an bestehende überregionale Radwegeinfrastruktur (z. B. Ruhrtalradweg, Lenneroute) gewährleistet werden kann.

Dazu gehört auch, dass im Innenstadtbereich die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h kein Stückwerk mehr bleibt, sondern flächendeckend zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer sowie vor Lärm und Abgasbelastungen angeordnet wird. Zusätzlich müssen wir unser Busnetz nach den ersten positiven Ansätzen zu einem serviceorientierten Nahverkehrssystem weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass neue oder verlängerte Linien insbesondere Berufspendler und junge Beschäftigte besser an die Gewerbegebiete anbinden. Außerdem sollen dauerhaft Expressbuslinien eingeführt werden, die zentral gelegene Haltepunkte mit Hochschulen, Berufsschulen, Wohngebieten und Betrieben verbinden.

INNENSTADT

Wir setzen uns für eine umfassende Neuausrichtung der Innenstadt ein. Weg vom konsumorientierten Durchgangsraum, hin zu einem offenen Ort des Lebens, der Begegnung, der Kultur und der Vielfalt. Die Hagerer Innenstadt muss wieder ein Ort werden, an dem man gerne bleibt und nicht nur durchläuft.

Die Mittelstraße soll dabei Hagens urbanes Herzstück werden. Ein lebendiger Ort, der tagsüber wie abends attraktiv ist. Weg von einer reinen Einkaufsstraße, hin zu einer vielfältigen Ausgeh- und Gastro-Meile, die Menschen anzieht, Begegnung fördert und Aufenthaltsqualität schafft. Das erfolgreiche Modell des „Bermudadreiecks“ in Bochum kann dabei als Inspiration dienen: lokal, jung, vielfältig, mutig.

Im Bereich der Volme prüfen wir an geeigneten Stellen (etwa an der Brücke Badstraße gegenüber dem Ricarda-Huch-Gymnasium) eine stadtgestalterische Öffnung des Flusses. Die Volme soll dadurch erlebbar werden. Durch eine öffentliche Sitztreppe (wie z.B. am Kölner Rheinufer), Außengastronomie und kulturelle Bespielung kann ein neuer Raum der Naherholung entstehen.

Auch der Theaterplatz kann als Teil einer starken Innenstadt stärker belebt werden. Durch Veranstaltungsfläche für Open-Air-Konzerte, Filmnächte oder Lesungen ermöglichen wir öffentliche Kulturnutzung für alle.

Viele Menschen meiden Teile der Innenstadt in den Abendstunden. Besonders Frauen fühlen sich an vielen Orten nicht sicher. Sicherheit ist eine Frage von Sichtbarkeit, Struktur und Haltung. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass niemand aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird. Dafür braucht es gezielte, sichtbare und sozial orientierte Maßnahmen. Sicherheit in der Innenstadt ist Grundvoraussetzung für urbane Lebensqualität. An neuralgischen Punkten wie Bushaltestellen, Seitenstraßen, Parkhäusern, Durchgängen und dunklen Plätzen erhöhen wir daher die sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsamt zu abendlichen und nächtlichen Zeiten. Dort wollen wir durch den Ausbau von Beleuchtung Angsträumen entgegenwirken. Zusätzlich soll ein Meldeportal für sogenannte Angsträume geschaffen werden. Dort gemeldete Orte müssen systematisch geprüft, öffentlich dokumentiert und Maßnahmen schnell umgesetzt werden.

Wir stehen für eine Innenstadtentwicklung, die nicht über, sondern mit den Menschen gedacht wird. Ein Innenstadtwandel gelingt nur wenn wir die Bevölkerung bei der Stadtentwicklungsplanung teilhaben lassen. Dies wollen wir durch eine dauerhafte Beteiligung der Bevölkerung ermöglichen.

UMWELT UND KLIMA

Klima- und Ressourcenschutz, Anpassung an den Klimawandel, der Umbau der Energiesysteme und Verkehrsinfrastrukturen, neue Modelle für Produktion und Konsum – in unserer Stadt ballen sich zahlreiche Infrastrukturen, deren Umgestaltung ein wichtiger Baustein für den Weg in eine nachhaltige Energieversorgung und eine ressourcenschonende Lebenswelt ist. Auch wenn wir mit Nachhaltigkeitsprogrammen, Hochwasserschutzplänen und der Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung erste Maßnahmen eingeleitet haben, so bescheinigt eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos der Stadt Hagen keine guten Zukunftschancen. In der Studie wird untersucht, wie gut Deutschlands Regionen für die aktuellen und zukünftigen Transformationsprozesse gewappnet sind. Dabei erreicht Hagen im Ranking aller 400 untersuchten deutschen Städte und Kreise bei den Zukunftschancen nur Rang 360.

Die Flut-Katastrophe im Juli 2021 hat uns in Hagen anschaulich vor Augen geführt, wie sich die Folgen des Klimawandels auch für unsere Stadt auswirken können. Starkregen, Überschwemmungen, Hitze, Trockenheit und Sturm führen zu Lebensgefahr, Verletzungen, Schäden an Gebäuden und Versorgungsengpässen. Wir müssen also schnell handeln und dabei Synergien erkennen. Eine Verkehrswende bringt viele Vorteile für viele Menschen: weniger Autos, bessere Luft, mehr Grün und Freiflächen, mehr Fuß- und Radwege, mehr Sicherheit. Aber das ist nur ein möglicher Aspekt von vielen, die es auf dem Weg hin zu der Stadt der Zukunft zu beachten gilt. Wir müssen ökologischer bauen, wir müssen für mehr Sonnenschutz sorgen, wir brauchen noch mehr Grün in der Stadt und Wasserbrunnen zum Durststillen. Wir müssen für effizienteren Lärmschutz sorgen, insbesondere in der Nähe der drei Autobahnen, die Hagen streifen und sogar durchschneiden. All das muss geplant und koordiniert werden. Wir werden daher Verwaltungsstrukturen zur Bearbeitung von Querschnittsthemen einrichten. Wir schaffen kooperative Strukturen zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen und unseren Bürgerinnen und Bürgern, damit zivilgesellschaftliche Initiativen Unterstützung finden. Für uns bedeutet die dringend notwendige urbane Resilienz, die Anpassung unserer Stadt an die sich ändernden Verhältnisse, nicht nur Klimaschutz, sondern auch Gesundheit, Umweltschutz, und Umweltgerechtigkeit.

Die auftretenden Probleme sollen aber nicht verdecken, dass wir in der walddreichsten Großstadt Nordrhein-Westfalens mit zahlreichen Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten leben. Naturschutzverbände sowie unsere biologische Station am Haus Busch fördern die besonderen Schutzziele dieser Gebiete durch aktive Landschaftspflege. Von jedem Ort in unserer Stadt sind wir schnell im Wald und in der freien Natur, was in besonderem Maß die Lebensqualität Hagens ausmacht. Uneingeschränkt gilt unser Einsatz dem Erhalt unserer Natur in und rund um Hagen.

Wir wollen, dass unsere Kinder in einem besseren Hagen leben können. Wir müssen die Umwelt schützen. Die SPD und ihr Oberbürgermeister werden Hagen zu einer klima- und enkelfreundlichen Stadt machen. Der Bottroper SPD-Oberbürgermeister hat seine Industriestadt, in der 2018 die letzte Steinkohlenzeche mit 2.500 Kumpeln geschlossen wurde, zu einem internationalen Vorreiter für Klimaschutz gemacht, den CO₂-Ausstoss halbiert und die Wirtschaftskraft erhöht (Arbeitslosenquote: BOT 8,4 %, HA 12,3 %). Wenn Bottrop das schafft, kann Hagen das auch!

DIGITALISIERUNG

Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik. Der digitale Wandel in allen Lebensbereichen ist ein Prozess, der mal Schritt geht und mal galoppiert, der aber niemals abgeschlossen sein wird. In Hagen ist der Breitbandausbau in den vergangenen Jahren vorangeschritten. Die „Weißen Flecken“ auf dem Stadtplan nehmen ab und die Geschwindigkeit bei der Datenübertragung nimmt zu. Neben der positiven Nachricht müssen wir aber konstatieren, dass der Digital-Pakt, mit dem die digitale Aufrüstung in unseren Schulen vorangetrieben werden sollte, immer noch nicht abgeschlossen ist. Zahlreiche Schulen verfügen auch heute noch nicht über ein leistungsfähiges WLAN-Netz. Wir werden darauf drängen, dass die notwendigen Arbeiten endlich mit Nachdruck ausgeführt werden, um den Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrerinnen und Lehrern einen barrierefreien Zugang ins Netz und damit die Nutzung moderner Unterrichtsformen zu ermöglichen. Auch hierzu werden wir die Kompetenzen und die Bereitschaft der FernUniversität in Hagen zur Kooperation nutzen und im Dialog miteinander ausloten, inwieweit Technologiekompetenz und bildungswissenschaftliche Forschungsergebnisse in die Stadtgesellschaft transferiert werden können. Kostenloses WLAN in der Innenstadt ist inzwischen in vielen Städten Standard, um den Bürgerinnen und Bürgern den Weg in die Stadt attraktiver zu machen. Hier gibt es bereits erste Ansätze, diese wollen wir gezielt mit den Partnerinnen und Partnern in der Innenstadt weiterentwickeln und das Ziel eines freien WLAN in der gesamten Innenstadt weiterverfolgen.

Die Digitalisierung unserer Verwaltung bedeutet hingegen die Umstellung der Verwaltungsprozesse auf digitale Technologien und sorgt in der Regel für eine effizientere und bürgerfreundlichere Dienstleistung. Sie umfasst die Online-Verfügbarkeit von Verwaltungsprozessen, die elektronische Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung sowie die Nutzung digitaler Tools im Rathaus. Dafür müssen realistische und umsetzbare Ziele sowie Maßnahmen entwickelt werden, welche die strategischen Ziele unterstützen. Andererseits müssen die zur Umsetzung erforderlichen Ressourcen sorgfältig geplant werden. Andere Kommunen sind auf diesem Weg bereits weiter vorangeschritten. Daher müssen wir verstärkt in die Digitalisierung unseres Rathauses investieren, um den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen vollständig online zu ermöglichen. Hierbei sollen Reserven im städtischen Digitalisierungsmanagement durch den Dialog mit den Fachleuten innerhalb der Stadtverwaltung und externen Gesprächspartnern identifiziert werden und eine Neuauflage einer Digitalisierungsstrategie vorgenommen werden, die echte Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger aber auch Effizienzgewinne für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bringt.

WOHNEN

Bezahlbare Wohnungen und der Schutz der Mieterinnen und Mieter sind für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besondere Anliegen. Dabei ist Hagen sicherlich nicht München oder Hamburg. Die Probleme, die es gemeinsam mit privaten Vermieterinnen und Vermietern und den Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften zu lösen gilt, liegen auf einer anderen Ebene. In unserer Stadt besteht ein Wohnungsüberangebot, darunter sehr viel nicht mehr zeitgemäßer Wohnraum. Das Mietniveau liegt teilweise erheblich unter dem Niveau der Sozialraummieten des Landes Nordrhein-Westfalen. Viele Vermieterinnen und Vermieter von Immobilien, insbesondere in benachteiligten Lagen, kommen ihren Eigentümerpflichten nicht mehr angemessen nach, weil sie eine Instandsetzung oder gar eine Modernisierung nicht finanzieren können. Der Abriss sogenannter „Schrottimmobilien“ ist die Folge. Dank der Hagener Entwicklungsgesellschaft (HEG) konnten Häuser in Wehringhausen aufgekauft und saniert werden. Diese Form von Quartiersaufwertung muss dringend auf weitere benachteiligte Stadtteile ausgeweitet werden. Dabei ist uns wichtig, dass bei Um- und Neubauten neben der Barrierefreiheit auch verstärkt über neue Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften oder Generationenhäuser nachgedacht wird. Der Stadtverwaltung und der Politik liegt seit Jahren ein Gutachten zur Wohnraumsituation mit

entsprechenden Handlungsempfehlungen vor. Dieses Gutachten gilt es zu aktualisieren und dann im Dialog mit den Beteiligten in der Wohnungswirtschaft umzusetzen.

Denn es fehlt an barrierefreiem Wohnraum und Sozialwohnungen. Das Handlungskonzept Wohnen der Stadt macht klar: Zwar können die Grundstücksbedarfe in den kommenden Jahren durch die ausgewiesenen Neubaugebiete größtenteils gedeckt werden, aber gerade die Themen seniorengerechtes Wohnen und Sozialwohnungsbau bereiten Sorgen. Es gibt rund 6500 Haushalte, in denen Seniorinnen und Senioren leben, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, und für die eine mindestens barrierearme Wohnung die Voraussetzung für ein möglichst langes eigenständiges Wohnen ist. Bei einem entsprechenden Angebot in den jeweiligen Quartieren werden auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Lage versetzt, durch einen Umzug in eine entsprechende Wohnung in ihrem Quartier zu bleiben. Hier würden sicherlich viele ältere Menschen, die über Wohneigentum verfügen, dieses zu Gunsten einer seniorengerechten Wohnung aufgeben und somit jungen Familien die Möglichkeit geben, durch Übernahme des Wohneigentums den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen.

Darüber hinaus müssen barrierefreie Wohnungen bezahlbar bleiben. Wir müssen mehr und schneller bauen und im Bestand sanieren, insbesondere Mehrfamilienhäuser. Hierbei müssen durch die Stadt mittels Bauleitplanung ausreichend Flächen bereitgestellt werden, um geeignete Rahmenbedingungen für private Investitionen zu schaffen.

MEHR WIRTSCHAFT - MEHR ARBEIT

Die wirtschaftspolitische Großwetterlage der letzten Monate und Jahre nach der Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist für den Frieden in Europa eine Bedrohung. Deutschland insgesamt, und damit auch NRW und Südwestfalen, schwächeln mit Blick auf den Export und damit auch auf die Produktion. Auffällig für Hagen ist allerdings die Abwanderung von namhaften Unternehmen und die Schließungen im Einzelhandel. Darüber hinaus stieg 2024 in Hagen die Zahl der Insolvenzen um 5,7 Prozent. Besonders sticht hervor, dass 38 Prozent mehr Selbstständige Insolvenz anmelden mussten. In der Folge ist unsere Stadt in der gesamten Region Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit. Mit über 12 Prozent liegen wir 2024 auf dem höchsten Stand – eine Belebung ist nicht zu erwarten. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt, Gewerbe und Industrie bieten kaum Jobs für ungelernte Kräfte an.

Diesen Trend, mit dem unsere Stadt insgesamt in eine gefährliche Abwärtsspirale gerät, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln stoppen und zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger umkehren. Die Wirtschaftsentwicklung in der Stadt wird zur Chefsache werden. Ein künftiger Oberbürgermeister muss erster Ansprechpartner für die heimische Wirtschaft werden und nicht erst dann aktiv werden, wenn Insolvenzen drohen oder Abwanderungen konkret sind. Die heimische Wirtschaft wird über regelmäßige Unternehmensbesuche, runde Tische und weitere Gesprächsrunden wieder einen direkten Draht in das Rathaus bekommen.

STANDORT-STRATEGIE UND PLANUNG

Hagen muss als Motor in einer starken Wirtschaftsregion wieder mehr Leistung bringen. Wir verfügen über innovative, mittelständische und überwiegend inhabergeführte Unternehmen, die hoch qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Auch im Dienstleistungssektor wird Hagen nach wie vor seiner oberzentralen Funktion gerecht. Durch den permanenten ökonomischen und technologischen Strukturwandel verändern sich aber die Standortanforderungen und Flächenbedarfe der Unternehmen ständig. Neue Produktions- und Logistikkonzepte lösen betriebliche Investitionen

aus, teilweise mit wachsenden Flächenbedarfen. Hier werden wir mit Nachdruck die ausgewiesenen Gewerbeflächen entwickeln und zur Verfügung stellen. Die nachfragegerechte Versorgung, insbesondere mit Industrie- und Gewerbeflächen, ist Voraussetzung einer erfolgreichen und nachhaltigen kommunalen Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungspolitik. Dies stellt Hagen jedoch zukünftig vor enorme Herausforderungen, da die noch zur Verfügung stehenden Industrie- und Gewerbeflächenpotentiale endlich sind und zukünftig den Unternehmen kaum noch wettbewerbsfähige Flächenangebote auf der "grünen Wiese" gemacht werden können. Dennoch muss die Stadt hier kreativer und mutiger werden. Wenn Flächen wie das ehemalige Dolomitwerk auf den Markt kommen können, muss die Stadt entschieden und mutig im Sinne der heimischen Wirtschaft handeln und darf sich nicht überrumpeln lassen.

Wenn Hagen sich als Oberzentrum der Wirtschaftsregion Südwestfalen behaupten möchte, muss sich etwas verändern. Zahlreiche Stellschrauben, sowohl im Rathaus als auch bei der Wirtschaftsförderung, werden wir von immer wiederkehrenden Attitüden wie „Planen“, „Strategien“ und „Prozesse“ auf „MACHEN“ umstellen und damit ein Zeichen an die heimische Wirtschaft senden.

UNTERNEHMEN NICHT ALLEIN LASSEN

Was 2021 unter „HAGENhorizonte2035“ als große, gesamtstädtische Zukunftsinitiative für den Wirtschaftsstandort Hagen gestartet wurde, scheint lediglich für die Schubladen im Rathaus und der Wirtschaftsförderung produziert worden zu sein. Anfang 2021 wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadtspitze, Wirtschaft und Wissenschaft ein breit angelegter und ambitionierter Strategieprozess gestartet. Doch das Formulieren strategischer Ziele wie „Hagen als Stadt mit besten Startbedingungen in Bildung und Wissenschaft“ oder „Hagen als attraktive touristische Destination“ reicht nicht aus, wenn die Akteurinnen und Akteure auf dem Hochglanzprospekt anschließend nicht in die Umsetzung kommen.

Unsere Wirtschaftsförderung muss verstärkt als Behördenlotse bei Expansionswünschen von ansässigen Unternehmen agieren. Sie muss noch intensiver expansionswillige Firmen begleiten und diese Prozesse moderieren und organisieren. Die Laufzeiten von Bauleitplanungsverfahren oder für Bauanträge von Unternehmen haben sich dramatisch verlängert. Dies gefährdet in erheblichem Maße die Investitionen der Unternehmen und damit auch den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen. Als wirtschaftsfreundlicher Standort muss Hagen mehr Personalressourcen in den zuständige Fachämtern zur Verfügung stellen, um Bearbeitungszeiten erheblich zu verkürzen. Die Unternehmerinnen und Unternehmer müssen das Gefühl erhalten, mit ihren Projekten willkommen zu sein und Unterstützung zu erhalten. Eine entsprechende Ermöglickungskultur sollte durch die Schaffung zentraler Ansprechpersonen für die heimischen Unternehmen flankiert werden, die deren Anfragen und Interessen gebündelt in die Verwaltung einspeisen.

Das Erfassen des Bestandes und der Bedarfe sowie das Erarbeiten eines Maßnahmenkataloges für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen auf gesamtstädtischer Ebene ist eine wichtige Grundlage für einen erfolgreichen Umgang mit Industrie- und Gewerbeflächen. Ein solches industrie- und gewerbeflächenbezogenes Stadtentwicklungskonzept kann sowohl Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung als auch Informationsquelle für die Unternehmen, die Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer sowie die Immobilienwirtschaft sein.

Nach deutlicher Kritik an der Informationspolitik der Verwaltung hat der Vorstandsbereich für Stadtentwicklung, Bauen und Sport zu den Themenfeldern „StationArea“ und „Brückenerneuerungen“ Kommissionen ins Leben gerufen, um die Kommunikation in Richtung Fachpolitik aber vor allem auch in Richtung der relevanten Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft zu verbessern.

Es hat sich auch gezeigt, dass die zusätzliche externe Expertise der Stakeholder die Diskussion am runden Tisch konstruktiv befördert. Dieses Instrument wollen wir daher stärker nutzen, um wichtige Stadtentwicklungsthemen wie beispielsweise die "Entwicklung unserer Innenstadt und unserer Stadtteilzentren" aber auch die "Neuaufstellung des Flächennutzungsplans" zu besprechen. In diesen Konsultationskreisen sind Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aller Fraktionen, die Fachverwaltung, die Wirtschaftsförderung sowie Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter der Südwestfälischen Industrie- und Handelsverbände, der Gewerkschaft und des Arbeitgeberverbands vertreten.

NEUORDNUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT VON SBW UND UKM

Die zurückliegende Legislaturperiode hat gezeigt, dass die fachliche und themenbezogene Ausrichtung von Ausschüssen neugeordnet bzw. wieder zurückgeführt werden muss. Insbesondere das Thema „Verkehr“ werden wir wieder in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Beschäftigung und Wirtschaft integrieren. Gerade die Diskussion über die maroden Brücken in Hagen hat deutlich gezeigt, dass Stadtentwicklung ganzheitlich zusammen mit dem Thema Verkehr zu behandeln ist, da beides sich wechselseitig bedingt. Damit wird sich auch die Ausschusszuständigkeit wieder mit der fachlichen Ausrichtung der Dezernate decken, da nicht das Umweltdezernat für das Thema „Verkehr“ zuständig ist. Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz wird gleichwohl seine beratende Funktion beibehalten und aus seiner umweltpolitischen Expertise Empfehlungen zum Thema „Verkehr“ aussprechen.

AUSBILDUNG UND SOZIALER ARBEITSMARKT

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung beruflicher Perspektiven für junge Menschen in unserer Stadt sind für uns herausragende politische Aufgaben. Die Zahlen von der Arbeitsagentur und dem Jobcenter sind alarmierend. Die hohe Arbeitslosigkeit von über 12 Prozent basiert in erster Linie auf zwei wesentlichen Faktoren:

- Es gibt in unserer Stadt zu viele schlecht oder gar nicht ausgebildete Menschen.
- Handwerk, Gewerbe und Industrie bieten weniger „Helferjobs“ an, in denen diese Menschen unterkommen.

Wir werden daher dieser Entwicklung mit einer kommunalen Beschäftigungsinitiative im Zusammenspiel von Jobcenter und Arbeitsagentur entgegentreten. Zum einen müssen wir junge Menschen verstärkt in Ausbildung bringen. Dazu zählen auch diejenigen, die sich in der Schule und mit ihrem Abschluss schwergetan haben. Entsprechende Programme gibt es, sie müssen aber auch nachgefragt werden. Zum anderen wollen wir den sozialen Arbeitsmarkt in Hagen ausbauen. Die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze könnten bei der Kommune, anderen öffentlichen Stellen, bei Wohlfahrtsverbänden und in der Privatwirtschaft eingerichtet werden.

Im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für Hagen gehören alle relevanten Gruppen an einen Tisch. Dazu zählen neben den Arbeitsbehörden die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, die Handwerksbetriebe und nicht zuletzt die Wohlfahrtsverbände unserer Stadt. Hier muss unter der Leitung des künftigen Oberbürgermeisters wieder eine Kultur des Dialogs Einzug halten.

Vor 16 Jahren hat der sozialdemokratische Bürgermeister von Gevelsberg einen Ausbildungspakt ins Leben gerufen: Verbände, Schulen und Paten geben Jugendlichen eine Chance, ins Berufsleben zu starten. Unser Oberbürgermeister wird den Ausbildungspakt „Hagen: Deine Chance!“ ins Leben rufen. Wenn Gevelsberg das schafft, kann Hagen das auch!

MEHR MITEINANDER - MEHR GEMEINSCHAFT

Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder und Jugendlichen Förderung erhalten, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten können, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob Inklusion, Barrierefreiheit und Teilhabe möglich ist, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, mit ihrer Beteiligung Verantwortung zu übernehmen. Und das nicht nur in den Stadtteilen mit besonderen Problemstellungen, sondern in der ganzen Stadt. Dabei darf es aber nicht beim „Wir“ und den daraus resultierenden Forderungen bleiben. Wir wollen „Miteinander“ um die besten Lösungen für unserer Stadt ringen und damit die „Gemeinschaft“ und das „positive Lebensgefühl“ in unserer Stadt stärken.

ZUSAMMENLEBEN UND INTEGRATION

Hagen ist bunt und vielfältig. Wo vor 60 Jahren „Gastarbeiter“ geholt wurden, um dreckige und schlechte Arbeit in den Fabriken zu erledigen, arbeiten ihre Kinder und Enkel jetzt in allen Bereichen. Hagen würde ohne Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht funktionieren: Gesundheitssystem und Gastronomie würden zusammenbrechen, Fabriken nicht produzieren können und in jedem zweiten Bus fehlte der Fahrer. Wir stellen uns auf die Seite der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – aber auch den Problemen, die durch fehlende Integration entstehen!

Integrationserfolge und Misserfolge werden in unserer Stadt, auf unseren Straßen, vor unseren Fenstern sichtbar. Auch Hagen liefert als Kommune einen wichtigen Beitrag, damit Integration gelingen kann. Die Sozialverwaltung ist bemüht, mit einem erst kürzlich eingerichteten „Fachbereich Integration“ erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet zu leisten. Fehlende finanzielle und personelle Ressourcen stellen die Bemühungen aber oftmals auf eine harte Probe. Das muss nachjustiert werden, damit in Zukunft auf allen Ebenen noch kleinteiliger und damit quartiersbezogen Integrationsarbeit geleistet werden kann.

Wir werden nichts unversucht lassen, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus nahen und fernen Ländern in unsere Stadtgemeinschaft zu integrieren. Wir als Gemeinschaft können und wollen es uns nicht leisten, zahlreiche junge Menschen mit ihren Talenten zu verlieren. Dabei kann die Stadtgesellschaft erwarten, dass sie sich aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben beteiligen und damit auch ihren eigenen Beitrag zur Integration leisten. Dazu gehört es, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer die deutsche Sprache lernen und unsere Regeln und Gesetze beachten. Hier müssen in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren entsprechende Sprachkurse und Bildungsinitiativen aufgelegt werden. Die Stadt muss zudem versuchen, gemeinsam mit Land und Bund aktiv auf den massiven ungesteuerten Zuzug aus südosteuropäischen Ländern einzuwirken und diesen zu steuern.

Es muss ein sachlicher Dialog über die Probleme mit dem vergangenen Zuzug und den hiermit entstandenen sozialen Spannungen, insbesondere in Wehringhausen und Altenhagen, geführt werden. Hier hilft es nichts, die Augen vor den bestehenden Problemen zu verschließen; einfältiger und polemischer Populismus helfen hier genauso wenig weiter. Unser Ziel muss es sein, gerade die Generation der jüngsten aus den Zuwandererfamilien durch frühkindliche Bildung und Aufnahme in Kitas in die Gesellschaft zu integrieren. Dieser Schritt ist von zentraler Bedeutung, um einen ersten Schlüssel für die Integrationsproblematik in die Hand zu bekommen. Grundschulklassen, in denen die Kinder kein Deutsch sprechen, müssen der Vergangenheit angehören.

Der sachliche Dialog darf auch vor den Themen Sicherheit und Sauberkeit nicht haltmachen. Die Menschen in der Stadt haben zu Recht den Anspruch, sich sicher zu fühlen. Hier wollen wir im Dialog mit allen Sicherheitspartnern die bereits gestarteten Initiativen fortsetzen und mit Gesprächen aber auch konsequentem Handeln und Sanktionen an der tatsächlichen Sicherheit in der Stadt arbeiten. Angsträume müssen identifiziert und beseitigt werden. Die entsprechende Ordnungspartnerschaft muss in der Stadt auf höchster Ebene verankert sein. Die Stadt sollte durch die Analyse ihrer eigenen Strategie zur Bekämpfung des Sozialmissbrauchs und durch aktive Information über „best-practice“ Beispiele aus anderen Kommunen konsequent gegen ungesetzlichen Missbrauch von Sozialleistungen vorgehen. Dies ist ganz im Sinne der Integration, da inkonsequentes Verwaltungshandeln in diesem Bereich bei den Bürgerinnen und Bürger eine kritische und ablehnende Haltung gegenüber den Migrantinnen und Migranten entstehen lässt.

Integration verlangt von allen Seiten gleichermaßen ein hohes Maß an Bereitschaft, sich auf diesen Prozess einzulassen. Diese Bereitschaft wollen wir fordern und fördern. Dort, wo Parallelgesellschaften entstanden sind oder zu entstehen drohen, müssen wir konsequent gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden handeln. Gleichzeitig zeigen wir Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung, die zu Hass und Ausgrenzung führen, entschieden die rote Karte. Hagen ist und bleibt eine offene Stadt, die sich zu ihrer Diversität und den hiermit einhergehenden Chancen für die Stadtgesellschaft bekennt. Hier werden wir gemeinsam mit dem künftigen Oberbürgermeister im ständigen Dialog mit der Zivilgesellschaft bleiben und Initiativen gegen Rassismus und rechte Gewalt konsequent unterstützen.

SOZIALE VERANTWORTUNG

Die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände schlägt Alarm. Die wichtigen Einrichtungen in unserer Stadt müssen ihre sozialen Angebote immer weiter zurückfahren. Jahr für Jahr stehen Hilfsangebote wie beispielweise die Drogenberatung, die Schuldnerberatung oder auch Wildwasser e.V auf der Kippe, weil die notwendigen Landesmittel, aber auch die Zuschüsse unserer Stadt aufgrund angespannter Haushaltslagen nicht in der notwendigen Höhe angepasst werden können. Wenn der Kämmerer sich hier regelmäßig mit der angeblich notwendigen Streichung von „freiwilligen Leistungen“ aus der Affäre zieht, werden wir unsere soziale Verantwortung beim Ringen um die Leistungen für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger bei den anstehenden Haushaltsberatungen umso gewichtiger in die Waagschale legen.

Denn die meisten Projekte, die wir auch aus dem städtischen Haushalt unterstützen, sind auf Prävention ausgelegt. Präventive Sozialarbeit ist der Schlüssel zu sinnvollen Veränderungen und zielt darauf ab, soziale Probleme zu stoppen, bevor sie außer Kontrolle geraten. Ob es um die Reduzierung von Drogenmissbrauch, die Prävention häuslicher Gewalt oder die Bekämpfung von Obdachlosigkeit geht – diese proaktiven Ansätze stärken Einzelpersonen und Gemeinschaften gleichermaßen. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, Menschen mit Problemen schnell und effektiv zur Seite zu stehen und gleichzeitig unsere Stadtgesellschaft vor Folgekosten und gesellschaftliche Probleme in nicht absehbarer Höhe und in einem unkalkulierbaren Ausmaß zu bewahren.

KULTUR VERBINDET

Den Theatern unserer Stadt - ob groß oder klein - geht es finanziell schlecht. Nach der Pandemie werden die vorherigen Besucherzahlen bei weitem nicht mehr erreicht. Um die Spielstätten zu erhalten, müssen Rücklagen eingesetzt werden. Sind diese aufgebraucht, werden Angebotseinschränkungen die Folge sein. Weitere Subventionen sind aus Sicht der Verwaltung undenkbar – eher das Gegenteil ist aufgrund der steigenden Ausgaben für soziale Leistungen der Fall. Auch bei den Kulturzentren führen die viel zu knappen Zuschüsse aus der Stadtkasse zu

Angebotseinschränkungen und Zukunftssorgen. Eine schlechte Ausgangslage, zu deren Verbesserung nur eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung beitragen kann. Dazu rufen wir auf.

Wir müssen unsere Museen, Spielstätten und Kulturzentren fördern und bewahren. Ein lebendiges Kulturangebot ist ein wichtiger Standortfaktor und hilft qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Entscheidung, ihren Wohnort nach Hagen zu verlagern oder hier wohnen zu bleiben. Gerade kulturelle Angebote erhöhen das Verständnis für Menschen unterschiedlicher Herkunft, fördern Kommunikation und bilden Vertrauen. Eine verstärkte Vernetzung der kulturellen Einrichtungen mit den Bildungsinstitutionen unserer Stadt könnte in dieser Hinsicht zu einem verstärkten positiven Effekt führen. Das Leitbild der „Kultur für alle“ ist in unseren Augen für die Hagener Stadtgesellschaft von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die Teilhabegerechtigkeit.

Daher machen wir uns auch in Zukunft stark für ein für ein buntgefächertes Kulturangebot in unserer Stadt, das zu erschwinglichen Preisen und bei niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung zur Verfügung stehen wird.

Wer die Benefiz-Gala für die Pelmke besucht hat, hat gesehen: Hagen kann Kultur! Theater, Ballett, die kolumbianische Band, Solisten, Orchester, Chor und das Kulturzentrum Pelmke begeistern gemeinsam Hagener, die sonst nur einen Teil kennen. Spontane Zusammenarbeit auf höchstem Niveau für Jung und Alt. Jedes Jahr wollen wir einen „Tag der Kultur“ veranstalten, auf dem Hagen zeigt, was es (auch) kann: KULTUR!

STADTSAUBERKEIT – SICHERHEIT-ORDNUNG

Seit Jahren drängt die SPD-Ratsfraktion auf Initiativen, mit denen unsere Stadt sauberer und ordentlicher werden soll. Denn wo Bürgerinnen und Bürger sich aufgrund von äußeren negativen Einflüssen nicht wohlfühlen, dort fühlen sie sich auch nicht sicher. Zwar wurden einige Maßnahmen mit der Beschäftigung von Waste-Watchern und örtlichen, intensiven Reinigungsprogrammen ergriffen, allerdings reicht das noch lange nicht aus. Stadtsauberkeit wird von der Hagener SPD daher als permanent aktuelles Thema fortgeschrieben und den jeweiligen Situationen und Bedürfnissen in der Innenstadt und in den Stadtteilen angepasst. Das betrifft auch die Planungen rund um die Müllentsorgung. Viel zu lange warten die Bürgerinnen und Bürger jetzt schon auf die Einrichtung von Wertstoffhöfen und die Einführung der Wertstofftonne.

Darüber hinaus werden wir die Planungen für die Einrichtung einer Stadtwache in zentraler Innenstadtlage vorantreiben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes und auch der Polizei müssen aber auch im Straßenbild sichtbar sein, insbesondere an Brennpunkten. Nur so lässt sich das Sicherheitsgefühl der Menschen verbessern. Wir setzen uns zudem für die Möglichkeit ein, sogenannte Angsträume digital über ein Portal der Stadt zu melden. Diese gemeldeten Angsträume sollen dann im Zusammenspiel der Ordnungspartnerschaft untersucht werden und es soll angestrebt werden, beispielsweise durch Änderungen in der Beleuchtung oder durch gezielte Überwachung diese Angsträume zu beseitigen.

SPORT UND FREIZEIT

Der Sport spielt bei uns in Hagen mit seiner Vielfalt und seinen zahlreichen Bezügen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine zentrale Rolle. Hieraus ergibt sich eine Vielzahl von kooperativen und wechselseitigen gewinnbringenden Initiativen. Der Sport in Hagen nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr. Er hat eine enorme Bedeutung bei der Integration - ethnische, soziale und demographische Unterschiede sind nirgendwo so gut zu überwinden wie im Sport. Neben

zahlreichen Vereinen, die eine breite Palette von Sportangeboten zur Verfügung stellen, freuen wir uns auch über die Erfolge und den Imagegewinn für unsere Stadt durch den Leistungssport.

Sport bedeutet auf allen Ebenen viel Engagement und ist daher in erster Linie nur mit ehrenamtlichem Einsatz in die Hallen und auf die Plätze zu bringen. Von daher wird es auch in Zukunft unsere Aufgabe sein, die Vereine und Verbände zu unterstützen und zu fördern. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Sportstätten erhalten und ausgebaut werden. Von 2019 bis 2023 wurden für die Bauunterhaltung rund 5 Mio. Euro aufgewendet, die Neuanlage von Kunstrasenplätzen kommt hinzu. Das wird in den kommenden Jahren aber nicht ausreichen, da viele Anlagen in die Jahre gekommen sind. Neue und moderne Sportstätten müssen geplant und errichtet werden, nicht zuletzt fehlt eine Arena für den Spitzensport. Die Bestrebungen eines Investors in diese Richtung haben wir als SPD in den vergangenen Jahren begrüßt und mit allen Mitteln tatkräftig unterstützt. Weitere Ideen und Vorschläge in diese Richtung werden wir ebenfalls aufnehmen und abwägen. Die Stadt hat mit den beiden Profiteams im Basketball und im Handball, die beide in der Vergangenheit an die Tür zur Erstklassigkeit angeklopft haben, außerordentliche Botschafter, die nachhaltig das Image der Stadt verbessern. Eine entsprechende Multifunktionsarena hätte Strahlkraft auch in das Umland, weder in Dortmund noch in Südwestfalen stehen entsprechende Sportstätten zur Verfügung. Hier gilt es in der kommenden Ratsperiode im Dialog mit allen Beteiligten den Knoten zu durchschlagen.

Ob Breiten- oder Leistungssport – für die SPD in Hagen funktioniert das nur mit einer auskömmlichen Förderung in alle Richtungen. Bei den zukünftigen Aufgaben, die den Erhalt und Ausbau unserer Sportstätten sichern sollen, wollen wir „MITEINANDER ANS ZIEL KOMMEN“

DIALOG IN DER STADTGESELLSCHAFT

Wir als SPD Hagen laden alle Hagenerinnen und Hagener ein, sich noch stärker an einem Dialog über die Belange in der Stadt, im Bezirk, im Stadtteil und im Quartier zu beteiligen. Dabei ist uns bewusst, dass die Komplexität der Probleme zunimmt. Unsere Gesellschaft differenziert sich aus, neue Technologien schreiten rasant voran, was die Menschen nicht nur in der Berufswelt zu spüren bekommen. Sie machen sich Sorgen um das Klima und den demographischen Wandel, um verschmutzte Luft und Fahrverbote in unseren Städten, um den Pflegenotstand, fehlende Kita- und OGS-Plätze, sie werden auf den verschiedensten Lebensebenen in unserer Stadt mit Migration und Einwanderung konfrontiert. Für viele Menschen bedeutet das Ungewissheit und Unsicherheit.

Insofern ist es verständlich, dass die Hagener sich auch von der Kommunalpolitik Orientierung wünschen. Sie möchten wissen, wie es mit ihrer Stadt und ihrem Leben in Hagen weitergehen wird. Wir sagen: Auf jeden Fall gemeinsam, denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben unsere Wurzeln in der Kommunalpolitik, wo wir den direkten Dialog mit unseren Bürgerinnen und Bürgern führen. Sich treffen – zuhören – austauschen - miteinander nach der besten Lösung suchen, das bedeutet „MEHR WIR“ in unserer Stadt.

MEHR FINANZIELLE HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Das Defizit in den kommunalen Haushalten betrug bundesweit im vergangenen Jahr 24,8 Milliarden Euro, allein unsere Stadt bedient einen Kassenkredit von knapp einer Milliarde Euro. Von der damaligen SPD-Ministerpräsidentin Kraft wurde 2011 der Stärkungspakt Kommunen gestartet, der Hagen finanziell entlastet und geholfen hat. Dieser Stärkungspakt wurde von der neuen Landesregierung gestrichen. Um Lücken zu schließen, mussten wieder neue Schulden gemacht werden. Eine wesentliche Ursache für das Defizit sind die steigenden Sozialausgaben.

Seit Jahren macht das „Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte“, in der auch Hagen Mitglied ist, auf die massiven Probleme der überschuldeten Städte aufmerksam. Als einzige Partei auf Bundesebene hatte die SPD es gegen den Widerstand anderer geschafft, die Entschuldung der Kommunen auf die Tagesordnung zu setzen. Bislang konnten sich der Bund und das Land NRW nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, obwohl auch unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) wie auch die SPD für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen plädiert. Seine Forderungen unterstützen wir als Hagener SPD:

1. Ein Teil des vom Bund beschlossenen Milliardenpakets muss zur Entlastung der Städte und Gemeinden bereitstehen.
2. Die Kommunen müssen von überflüssigem bürokratischem Aufwand entlastet werden, um wieder eigenständiger über die Fragen vor Ort entscheiden zu können. Das wäre auch ein wichtiges Zeichen des Vertrauens in die Akteure in Verwaltung und Räten.
3. Bund und Länder dürfen den Kommunen keine Aufgaben mehr übertragen, ohne dass deren Finanzierung gesichert ist. Diese leider gängige Form des Delegierens hat in den Städten und Gemeinden zu gewaltigen Schulden geführt und zwingt sie aktuell, erneut Kredite aufzunehmen.

Damit hat der Bundespräsident die wesentlichen Ursachen benannt. Wo steigende Personalkosten, wachsende Sozialausgaben, bürokratische Vorgaben oder zusätzlich übertragene Aufgaben – wo all das die Gestaltungsfreiheit und die Gestaltungsfähigkeit der Kommunen immer weiter schrumpfen lässt, da ist der Kern der kommunalen Selbstverwaltung und auch die Zustimmung zur Demokratie berührt. Leider ist das auch im Hagener Rat erkennbar, der vielfach nur noch Mangel verwaltet und sich mit Schadensbegrenzung auf vielen kommunalen Feldern begnügen muss. Steinmeier plädiert für eine Altschuldenregelung, weil ihm bewusst ist, wie wichtig es ist, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den demokratischen Staat, seine Kommunen und die politische Handlungsfähigkeit zu sichern. Hier werden wir als Hagener SPD nicht nachlassen, sowohl das Land als auch den Bund auf die massiven Probleme und die daraus entstehenden politischen Verschiebungen in unserer Stadt hinzuweisen.

Neu aufstellen werden wir auch das Fördermittelmanagement. Die Stadt nutzt zwar Fördermittel, um trotz angespannter Haushaltslage wichtige Investitionen umzusetzen, doch eine aktuelle Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) zeigt: In der Praxis läuft vieles im Rathaus zu schleppend – und Hagen bleibt beim Abrufen der Mittel im Vergleich unter dem Durchschnitt. Das werden wir ändern.

Wir haben viele Ideen und den Mut, es anzupacken, um für Hagen die besten Lösungen zu finden.